



Protokoll Nr. 26

über die 25. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung Hittisau am Dienstag, den 15.11.2022, um 20:03 Uhr im Gemeindehaus Hittisau, Sitzungssaal, 1. Obergeschoß.

Anwesende:

Gemeindevertreter:	Gerhard	Beer, Bgm.
	Anton	Gerbis, VizeBgm.
	Magdalena	Bechter
	Christoph	Feurstein
	Georg	Vögel
	Dipl.Inf. (FH) Dominik	Bartenstein
	Manfred	Feuerstein
	Manfred	Felder
	Christiane	Eberle
	Markus	Beer
	Martin	Reichenberger
	Ida Maria	Bals
	Dietmar	Nußbaumer
	Erich	Kohler
	Simone	Bilgeri
	Martin	Österle

Entschuldigt:

Caroline	Jäger
Stefan	Steurer

Ersatz:

Jürgen	Hagspiel
Werner	Steurer

GasthörerInnen: 1
(TOP 3)

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung des Protokolls Nr. 25
3. ImPlus: Bericht zum Prozess „Verwaltungsorganisation“
4. Dietmar Bechter/Waldmetall: Kaufvertrag Basen
5. Landschaftsentwicklungskonzept Bregenzerwald (regLEK): Beschlussfassung
6. „ZUKUNFTEN Bregenzerwald“: regionales Gesamtentwicklungskonzept (regGEK): Beschlussfassung
7. Schilftippreise Wintersaison 2022/2023
8. Energieförderungen 2023 – Empfehlung aus dem Energieteam
9. Öffentliches Gut „Hirtobel“: Abschreibung/Zuschreibung Wegfläche
10. Grundstückskauf (vertraulich)
11. Berichte
12. Allfälliges

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bgm. Gerhard Beer eröffnet die 26. Gemeindevertretungssitzung um 20:00 Uhr und begrüßt die anwesenden MandatarInnen sowie die ErsatzmandatarInnen. Es wird festgestellt, dass die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

GV Manfred Felder verspätet sich und komplettiert die Gemeindevertretung um 20:05 Uhr.

Bgm. Gerhard Beer begrüßt die zu Tagesordnungspunkt 3 anwesenden Referierenden der imPlus Unternehmensentwicklung GmbH, namentlich Frau Benedicte Hämmerle und Herrn Daniel Burkard.

Bgm. Gerhard Beer stellt den Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung um TOP 13 ARA-Finanzierung. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

2. Genehmigung des Protokolls Nr. 25

Das Protokoll Nr. 25 ist allen GemeindevertreterInnen mit der Einladung zur 26. Gemeindevertretungssitzung rechtzeitig zugestellt worden. Das vorliegende Protokoll der letzten Gemeindevertretungssitzung wird, ohne Änderungswünsche, einstimmig angenommen.

3. ImPlus: Bericht zum Prozess „Verwaltungsorganisation“

Bgm. Gerhard Beer rekurriert auf den einstimmig gefassten Gemeindevorstandsbeschluss (17. Gemeindevorstandssitzung, vom 17.05.2022) zur Beauftragung der imPlus Unternehmensentwicklung GmbH (namentlich Frau Benedicte Hämmerle und KollegInnen) für die Prozessbegleitung/Prozessoptimierung der Gemeindeverwaltung.

Hintergrund des gestarteten Verwaltungsorganisationsprozesses ist das rasant angestiegene Aufgabenpensum der Gemeindeverwaltung, ebenso seien die Ansprüche an die Gemeindeverwaltung immer höhere. In der jüngeren Vergangenheit sei es zu mehrfachen Personalüberlastungen von MitarbeiterInnen und gehäuften Personalwechsell gekommen. Ebenso hätten sich die Vorgaben seitens des Gesetzgebers geändert, sodass man auch diesen nachkommen müsse. Die sog. „Überbürokratisierung“ erschwere die Verwaltungsorganisation ebenso. Daher sei durch imPlus eine externe Beratung und Prozessbegleitung beigezogen worden. Zusätzlich sei mit Johannes Ritter das Verwaltungspersonal verstärkt worden, welcher den Verwaltungsprozess intern betreut und vorantreibt und so das Bindeglied zur externen Beratung (imPlus) darstellt.

Nachfolgend präsentieren Benedicte Hämmerle und Daniel Burkard (beide imPlus) die vorläufigen Zwischenergebnisse des Verwaltungsprozesses („Reorganisation, Prozessoptimierung & Digitalisierung in der Gemeindeverwaltung Hittisau“).

Benedicte Hämmerle begrüßt die Gemeindevertretung und stellt sich und Daniel Burkard vor. Erstere hat einen starken Bezug zum Bregenzerwald, da sie in Egg/Großdorf aufgewachsen ist. Seit 25 Jahren lebt sie nunmehr in Lustenau, wo sich auch die von ihr mitgegründete imPlus Unternehmensentwicklung GmbH, mit insgesamt 3 GesellschafterInnen und 3 MitarbeiterInnen, befindet. Es sei wichtig, dass der Prozess von BegleiterInnen durchgeführt wird, die nicht in das politische Geschehen im Bregenzerwald involviert sind, um so einen objektiven Blick auf die Gemeinde Hittisau zu ermöglichen. Dabei gelte das Hauptaugenmerk der Gemeinde und, in einem ersten Schritt, vorwiegend der internen Verwaltung. Die Anforderungen an die Verwaltung seien stark angestiegen, was folglich eine Mehrbelastung der VerwaltungsmitarbeiterInnen bedeute. Den MitarbeiterInnen sei bewusst geworden, dass man sich intern verändern müsse, um den derzeitigen und künftigen Aufgaben noch gewachsen sein zu können. Derzeit würden die Aufgabenfelder stetig anwachsen und das Personal werde im gleichen Zuge (zumindest gefühlt) weniger. Beispiele hierfür seien die unterschiedlichsten Aufgabenprozesse, Besprechungen, die Erreichbarkeit und Ansprechbarkeit sowie das Arbeitspensum. Und aus diesem inneren Bedürfnis der MitarbeiterInnen heraus sei der Verwaltungsorganisationsprozess gestartet worden. Der offizielle Startschuss habe im März 2022, mit einem Workshop der internen Verwaltung, stattgefunden, um in einem ersten Schritt die Ist-Situation (Stimmungsbild) zu evaluieren.

Dabei seien die große gegenseitige Loyalität sowie die gegenseitige Unterstützung aller VerwaltungsmitarbeiterInnen als besonders positive Punkte hervorgehoben worden. Ebenso seien die Aufgaben der einzelnen Verwaltungsmitarbeitenden evaluiert und der jeweilige zeitliche Aufwand erhoben worden. Das Engagement der Hittisauer Gemeindeverwaltung sei sehr hoch, so auch die vorhandenen Kompetenzen der MitarbeiterInnen, auch im Vergleich zu anderen Vorarlberger Gemeinden. Hier sei Hittisau in einer privilegierten Situation und ohne diese Voraussetzung wäre das große Aufgabenspektrum- und volumen nicht zu bewältigen. Die Evaluation habe gezeigt, dass v.a. die Vielzahl an Verwaltungsabläufen und -prozessen, zu wenig definierte Arbeitsabläufe/Prozesse, die dadurch hervorgerufene Mehrarbeit und Überlastung sowie die Personalsituation (zu wenig Personal über die Sommermonate 2022), lange Entscheidungswege und oft langwierige Abstimmungen, aber auch zu wenig genutzte IT-Infrastruktur (Programme udgl.) optimiert werden sollten. Solche Situationen seien im öffentlichen Dienst des Öfteren zu beobachten. Es gebe einerseits die Forderung nach Professionalisierung (Personal, Abläufe/Prozesse sollen effizienter gestaltet werden), andererseits würde dies Zeit und Unterstützung benötigen, um Verbesserungen erzielen zu können. Die Gemeinde Hittisau habe sich entschlossen, diesen Weg zu gehen. Hervorzuheben sei, dass Hittisau in der Region bereits seit längerem spürbar eine Vorzeigegemeinde sei. Nun gehe es darum, durch den Verwaltungsorganisationsprozess als Organisation „Gemeinde“ zukunftsfit zu werden, um für die BürgerInnen die Dienstleistungen von heute, aber auch von morgen, bestmöglich erfüllen zu können. Die Empfehlung seitens imPlus sei, mit Blick auf die Ist-Analyse vom März 2022, gewesen, in einem ersten Schritt die Personalressourcen aufzustocken sowie parallel die Prozessoptimierung sowie Digitalisierung anzugehen. In einem Folgeschritt soll auch der Außendienst in den Verwaltungsprozess miteingebunden werden.

Hinsichtlich der Personalressourcen habe die Gemeinde mit Johannes Ritter Verstärkung und Know-how gewinnen können, indem eine neue Stelle (Verwaltungsorganisation) geschaffen wurde. Es sei wesentlich gewesen, u.a. die Amtsleitung, durch die Übernahme von Aufgaben in der Projektarbeit, zu entlasten. Es habe sich auch früh gezeigt, durch diese Stelle eine Schnittstellenfunktion zwischen Amtsleitung und Bürgermeisteramt zu bekommen, sowie die Verwaltung zu unterstützen und Projekte umzusetzen, aber auch die Schnittstelle zwischen externer Beratung (imPlus) und der Umsetzung des Verwaltungsprozesses zu bilden. Auch habe es in der jüngeren Vergangenheit einige Abgänge und Personalwechsel in der Verwaltung gegeben. Da Verwaltungsstrukturen in dieser Größenordnung personell relativ klein ausgestaltet sind, würden solche Situationen oft besonders kritische Momente hervorrufen. Dies sei kritisch zu sehen, um v.a. auch als Arbeitgeberin Gemeinde nicht generell einen Attraktivitätsverlust zu erleiden. Neben Johannes Ritter konnte auch mit Gwendoline Rupp (ehem. Personalleiterin eines mittelständischen Unternehmens) viel Erfahrung und Know-how für die Gemeinde, im Bereich der Administration, gewonnen werden, sowie auch durch die Unterstützung durch Sarah Hörburger im Bürgerservice (mit Know-how aus der Verwaltung auf BH-Ebene) und Irmgard Bechter in der Buchhaltung. Die längerfristige Aufgabe der Prozessoptimierung und Digitalisierung sei inzwischen gestartet worden. Benedicte Hämmerle beschreibt, sie habe in ihrer Karriere bereits einige Prozessoptimierungen begleitet, aber in der Privatwirtschaft auch persönlich miterlebt. Diese Schritte seien aufwendig und würden den MitarbeiterInnen viel Offenheit und Flexibilität abverlangen, seien aber hinsichtlich der Professionalisierung notwendig.

Daniel Burkard ist, gemeinsam mit Pia Schmid, als Experte für die Prozessgestaltung der Gemeindeverwaltung tätig. Es sei zu Beginn klar gewesen, dass gewisse Punkte schnell umgesetzt werden sollten, andererseits gebe es auch langfristige und nachhaltige Angelegenheiten bzw. solche struktureller Art. Als Prozessexperte sei eine Gemeindeorganisation spannend zu betrachten und mit dieser zu arbeiten, denn es gebe viele Aufgaben, die von ihrem Typus her teilw. komplett unterschiedlich seien. Auch sei eine große Prozessdynamik zu verorten. Da die Verwaltung bis dato stark personenabhängig gewesen sei, sei geplant, u.a. hier anzusetzen. Hierfür sei zunächst ein Verständnis für die anfallenden Tätigkeiten und Prozesse entwickelt worden. Am 08.06.2022 sei mit allen VerwaltungsmitarbeiterInnen ein Start-Workshop veranstaltet worden. Darauffolgend habe

es Einzelgespräche mit den MitarbeiterInnen gegeben, um die genauen Aufgabengebiete näher zu identifizieren. Besonderes Augenmerk sei auch die allgemeine Auslastungssituation einzelner MitarbeiterInnen – insb. im Bereich der Amtsleitung sowie im Bereich Familie & Bildung gewesen. Hier sei das Aufgabenspektrum so groß, dass die Anstellungsverhältnisse weit überstiegen würden. Dies sei einerseits der zahlreichen, parallel verlaufenden, Projektarbeiten geschuldet, andererseits aber auch an der großen Auslastung durch das Tagesgeschäft an sich. Daher sollen die anfallenden Aufgaben sauber erfasst und dokumentiert werden, um Vertretungsregelungen zu etablieren und die Grundlage zu schaffen, damit sich Neueinstellungen gut einarbeiten können. Die Aufgaben sollen daher stark entpersonalisiert und eine Funktionsstruktur abgebildet werden. Eine Prozesslandkarte werde entwickelt, um die Tätigkeiten zu strukturieren. Wichtig sei auch die Thematik der Digitalisierung und des Einsatzes digitaler Mittel, so weit möglich (z.B. V-Dok als Standard-Verwendung). Die Prozesse werden der obersten V-Dok-Struktur zugeordnet, damit den MitarbeiterInnen die Verwendung des Verwaltungsprogramms erleichtert wird und die Struktur verständlicher. Weiters sei geplant, eine graphische Darstellung der Prozesse im Programm vConnect abzubilden. Beides soll dazu beitragen, dass Prozesse digitalisiert/automatisiert werden und sich so mehr Vereinfachung, Stabilisierung und nach und nach auch ein Abrücken des Einsatzes von Papier einstellen kann. Allgemein sei das Ziel, für alle Stellen in der Verwaltung dokumentierte und nachvollziehbare Tätigkeiten und Prozessabbildungen zu erarbeiten. Die Bereitstellung davon sei v.a. für eine Internalisierung der Prozesse in einer Einarbeitungsphase neuer MitarbeiterInnen wesentlich, um sich in dieser Phase auf einer Art „Landkarte“ möglichst selbständig zurechtfinden zu können. Dabei soll gerade die Prozessarbeit eine hohe Stabilität in die Verwaltungsstrukturen einbringen. In einem weiteren Schritt würden die anfallenden Tätigkeiten aufgelistet und mit den Funktionen verknüpft, welche durch die StelleninhaberInnen besetzt sind. Dadurch ergebe sich auch ein gutes Bild über die tatsächliche Ressourcenverteilung.

GV Christoph Feurstein erkundigt sich nach der Eigenmotivation der VerwaltungsmitarbeiterInnen, um die Umsetzung des Verwaltungsprozesses zu bewerkstelligen.

Daniel Burkard erklärt, dass sich seit Juni 2022 personell viele positive Veränderungen ergeben hätten. Das Interesse der MitarbeiterInnen sei hervorragend. Letztlich würde der Prozess Früchte tragen, wenn für jede Stelle Nutzen generiert werden könne, um so für jede einzelne Person Vorteile zu kreieren.

Benedicte Hämmerle erläutert die hohe Arbeitsbelastung in der Verwaltung und, dass der Verwaltungsprozess nach und nach kleine Veränderungen und Entlastung bringen könne, was sich wiederum positiv auf die Mitarbeitermotivation auswirke.

Georg Bals (Amtsleiter) führt an, dass sich Abläufe bei langjährigen MitarbeiterInnen eingespielt hätten. Mit den Abgängen hätten sich die Schwächen im System herauskristallisiert. Es sei in dieser Situation schwierig gewesen, die Aufgaben auf die restlichen MitarbeiterInnen aufzuteilen. Generell sei es nicht einfach, die gesamt anfallenden Arbeitsabläufe und Prozesse einzuteilen/aufzuteilen, da die Prozesse vielfach zeitintensiv und herausfordernd seien. Auch seien bis dato keine oder kaum Unterlagen (Dokumentation von Prozessen) vorhanden. Generell würden sich die VerwaltungsmitarbeiterInnen auf die neuen Möglichkeiten und Tools sowie auf Orientierungshilfen und Schritt-für-Schritt-Anleitungen freuen, welche sich im Verwaltungsprozess entwickeln. Die Einarbeitungszeit neu hinzukommender MitarbeiterInnen könne so effektiver und effizienter gestaltet werden. Auch würden Stellvertretungen für die einzelnen Stellen eingerichtet, um Abläufe reibungsloser gestalten zu können.

Benedicte Hämmerle erwähnt an dieser Stelle, dass die Schaffung der zusätzlichen Stelle (Verwaltungsorganisation) die Belegschaft motiviere und „Licht am Ende des Tunnels“ abzeichne.

Daniel Burkard ist der Meinung, dass die Organisation Gemeinde sich nur dann merklich verbessern könne, wenn der Wille der Gesamtorganisation vorhanden sei, um nachhaltige Veränderungen erzielen zu können, um so das Tagesgeschäft bewältigbarer und optimierter erledigen zu können. Dies würde v.a. die Tätigkeiten von Johannes Ritter betreffen, welcher sich u.a. mit der Prozessgestaltung auseinandersetze.

Dazu führt Georg Bals das Beispiel die eigens geschaffene Stelle für Familie & Bildung an,

welche einen großen und vielbeachteten Mehrwert in diesen Bereichen für Hittisau erreicht habe und die Gemeinde so auch bestens für zukünftige Herausforderungen vorbereitet sei. Genauso sei dies mit der Stelle der Organisationsentwicklung zu sehen, wo laufende Änderungsprozesse in der Verwaltung eingearbeitet werden.

Bgm. Gerhard Beer führt an, dass im Verwaltungsorganisationsprozess v.a. auch sog. „alte Muster“ aufgebrochen werden sollen. Prozesse und Aufgaben sollen bestenfalls einfacher bzw. auch anders gedacht werden. Der ehemals gestartete Prozess „Gemeinsam Hittisau“, begleitet durch Julius Schedel, sei in diese Richtung ein guter Anstoß gewesen. Allerdings sei man damals sehr bald in „alte Muster“ zurückgefallen. Dies soll verhindert werden. Ebenso sollen die erarbeitete Entlastung und die Qualität der Arbeit beibehalten werden.

GV Christoph Feurstein führt an, dass eine Optimierung der Verwaltungsabläufe bestimmt Zeit und Ressourcen einsparen könne. Die Unterstützung durch Johannes Ritter sei hier zu befürworten. Dieser Aussage pflichten auch Benedicte Hämmerle und Daniel Burkhard bei. Der GV erkundigt sich darüber hinaus, ob es eine Art Kontrollmechanismus in der Umsetzung des Verwaltungsorganisationsprozesses gebe.

Georg Bals erklärt, dass ein neuer/frischer Blick von außen dahingehend wichtig sei, um den Verwaltungsorganisationsprozess begleiten und kontrollieren zu können. Daher habe man sich bewusst für die Schaffung einer neuen Stelle und die Einstellung von Johannes Ritter entschieden.

Benedicte Hämmerle erwähnt, dass sie bereits bei den Erstgesprächen im März 2022 positiv über die Offenheit des Verwaltungsteams überrascht gewesen sei. Neuzugänge seien immer eine Herausforderung. Das Teamgefüge habe sich aber sehr gut entwickelt, sodass alle an einem Strang ziehen.

GV Martin Reichenberger bedankt sich für die Präsentation der Zwischenergebnisse. Dies mache einen guten Eindruck. Es sei der richtige Ansatz und die Prozessarbeit sowie die Erarbeitung von Optimierungen würden in die richtige Richtung gehen. Die Digitalisierung würde noch weitergehende Möglichkeiten bieten. Eine Funktionsbeschreibung der Stellen würde eine gute Teamarbeit der Verwaltung ersichtlich machen. Bei einer Kategorisierung solle darauf geachtet werden, dass dem nicht entgegengewirkt werde. Ein ausschließliches Schaffen von Planstellen könne auch nachteilig sein. Dieser Beschreibung (hinsichtlich Stellenbeschreibungen) pflichtet auch Georg Bals bei. Sobald Aufgaben an bestimmte Personen geknüpft werden und nicht Stellen zugewiesen würden, würde dies längerfristig Probleme hervorrufen. Mit den Möglichkeiten der Funktionsmatrix und der Prozesszuordnungen soll es eine bessere Handhabe geben.

Benedicte Hämmerle bejaht die Frage von GV Christoph Feurstein, ob es derzeit ausschließlich um die Neuorganisation der internen Verwaltung gehe und erklärt, dass dies der erste Schritt sei und in einem nächsten würden auch die Schnittstellen u.a. zum Kommunaldienst, Kindergarten, Kleinkindbetreuung etc. erarbeitet werden.

GV Erich Kohler gibt an, dass nun die wichtigen Grundlagen für die eigentliche Prozessarbeit gelegt werden. Dies sei wichtig und richtig von der Vorgehensweise her und ohne diese könne man die nächsten Schritte nicht angehen. Allerdings würde es mit dem Denken in den Prozessen an sich erst ans Eingemachte gehen und dies stehe noch bevor. Dem pflichtet Daniel Burkhard bei. Konzeptionell sei genau dieser Ablauf geplant.

GV Magdalena Bechter ist der Meinung, dass, wenn der Verwaltungsorganisationsprozess und die strukturelle Organisationsarbeit nicht gestartet worden wären, die personellen Neueinstellungen ins Leere laufen würden. Sie befürworte daher den begleiteten Verwaltungsprozess.

Benedicte Hämmerle erklärt, dass der tatsächlich spannende Bereich in der nächsten Stufe – mit der Prozessarbeit an sich – folge. Bgm. Gerhard Beer erklärt, dass dann weitere Informationen durch imPlus für die Gemeindevertretung gewünscht seien.

Vize-Bgm. Anton Gerbis schildert, dass er durch die Leitung der montäglichen Jour fixe näher am Bereich „Außendienst“ dran sei und so das große Engagement und die Loyalität sowie die gegebene Eigeninitiative sowie die Verbundenheit der Kommunaldienstmitarbeiter mit der Gemeinde verspüre. Diese seien in ihrer täglichen Arbeit zwar sehr selbstkritisch, es brauche jedoch stimmige Strukturen, um die Aufgaben dauerhaft gut zu bewältigen und die Mitarbeiterzufriedenheit aufrechtzuerhalten. Ebenso erwarte die Bevölkerung eine hohe

Leistungsbereitschaft. Daher sei eine Professionalisierung (Ausstattung, Gesundheit, Urlaube etc.) zu berücksichtigen und sensibel zu betrachten.

Benedicte Hämmerle erwähnt, dass das Projekt „Familien-Treffpunkt“ bereits auf Schiene sei und dass in Hittisau Familie und Bildung (KiBe, KiGa, Schulen) zurecht einen hohen Stellenwert genießen und so als regionales Vorzeigebispiel gesehen werde. Für eine derartig gute Betreuung der Kinder brauche es viel Engagement und Ressourcen. Dementsprechend sei wichtig, insbesondere die Stelle von Ida Bals zu unterstützen und zu entlasten.

GV Dietmar Nußbaumer unterstützt den gestarteten Verwaltungsorganisationsprozess und ist dafür, dass auch der Außendienst in den Prozess integriert wird. Dadurch, dass Zuständigkeiten und Vertretungslösungen konzipiert und somit eine Professionalisierung angestrebt werden, könne der Druck auf die einzelne Stelle verringert werden, etwa durch die neu geschaffene Stelle für das Wasserwerk. Hinsichtlich des Bereichs Familie & Bildung, aber auch stellenübergreifend, sei für den ländlichen Raum die Problematik der Abwanderung der jungen Frauen. Gerade für diese Gruppe und junge Familien müsse der ländliche Raum Perspektiven bieten, um sich niederzulassen, aber auch, um beruflich wirksam werden zu können. Mit dem Hittisauer Fokus auf diese Personengruppen (insb. hinsichtlich des Ausbaus der Kinderbetreuung) würden die richtigen Weichen gestellt. Es sei wichtig, dass hier verwaltungsintern auch genügend personelle Ressourcen vorhanden seien, um diese Aufgaben auf hohem Niveau, welches verlangt werde, auch leisten zu können.

GV Erich Kohler ist der Meinung, dass die Kommunikation der Gemeindeverwaltung mit der Bevölkerung gegeben sein und gestärkt werden sollte. Dem pflichtet Benedicte Hämmerle bei. Den BürgerInnen soll der Einblick in die Gemeindeverwaltung erleichtert werden. Ebenso soll es eine öffentlichkeitswirksame Veranstaltung und Vorstellung der Gemeinde und ihren Dienstleistungen für die Bevölkerung geben, um mögliche Barrieren abzubauen.

GV Markus Beer spricht ein Lob an Johannes Ritter aus. Er habe es in kurzer Zeit geschafft, die Kommunikation zwischen der Gemeindevertretung, den Ausschüssen und der Verwaltung merklich zu verbessern und leiste als Bindeglied wertvolle Arbeit.

Bgm. Gerhard Beer bedankt sich bei Benedicte Hämmerle und Daniel Burkard für die Zwischenpräsentation der Ergebnisse aus dem Verwaltungsorganisationsprozess sowie die gute Zusammenarbeit und erwähnt, dass sich die Gemeindevertretung über weitere Berichte von erreichten Meilensteinen freue.

4. Dietmar Bechter/Waldmetall: Kaufvertrag Basen

Bgm. Gerhard Beer erläutert, dass entsprechend dem Beschluss aus der Gemeindevertretung vom 16.11.2022, Notar Mag. Paul Thoma von Dietmar Bechter beauftragt worden sei, entsprechende Kaufdokumente (Kaufvertrag, Treuhandvereinbarung, Rangordnungserklärung) zu erstellen. Der Beschluss habe von max. 145 m² gesprochen, geworden seien es in der Vermessungsurkunde schließlich 149 m². Anschließend wird der Kaufvertrag vorgestellt. Bedingungen seien EUR 125/m² (EUR 4.470) sowie ein Erschließungskostenbeitrag von EUR 25/m² (EUR 4.470) für die Straße und Infrastruktur. Weil Vize-Bgm. Anton Gerbis aus familiären Gründen befangen sei, schlägt Bgm. Gerhard Beer vor, dass GV Magdalena Bechter, aufgrund der Rangordnung im Gemeindevorstand, den Kaufvertrag, als zweite VertreterIn der Gemeinde, unterfertige. Der Beschluss sei bereits im Juli 2021 gefasst worden. Der vorliegende Vertrag sei gut ausgearbeitet, Notar Mag. Thoma habe diesen gewissenhaft erstellt.

Bgm. Gerhard Beer stellt den Antrag, den Grundstückskauf von Dietmar Bechter/Waldmetall, in vorgelegter Form, zu genehmigen. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

5. Landschaftsentwicklungskonzept Bregenzerwald (regLEK): Beschlussfassung

Bgm. Gerhard Beer erläutert, dass die Beschlussfassung zu TOP 5 und 6 von der letzten Gemeindevertretungssitzung im Oktober auf nunmehrige Sitzung vertagt worden sei. Die GemeindevertreterInnen der Region Bregenzerwald seien Anfang November zu einer

Konzept-Präsentation eingeladen worden, wo die Arbeitsgrundlage für alle 24 Gemeinden, bestehend aus dem Landschaftsentwicklungskonzept Bregenzerwald (regLEK) sowie jene hinsichtlich „ZUKUNFTEN Bregenzerwald“, als regionales Gesamtentwicklungskonzept (regGEK), präsentiert worden seien. Die beiden Grundlagenpapiere seien so konzipiert und zu verstehen, dass diese in den lebendigen Prozess der Gemeinde sowie die Ausschussarbeiten eingebaut werden sollen, um so einen Mehrwert zu erzielen und die Gemeinde, sowie die Region als Ganzes, weiterzuentwickeln. Die Papiere seien nicht als Verordnung bzw. Gesetz zu verstehen, sondern lediglich als Leitplanken und Orientierungshilfe. Bei der genannten Präsentation der REGIO Bregenzerwald seien, sehr erfreulich, einige GemeindevertreterInnen dabei gewesen.

GV Erich Kohler erkundigt sich, ob die Rückmeldung vom Land inzwischen eingetroffen sei bzw., ob es dahingehend ein vorläufiges Datum gebe. Bgm. Gerhard Beer gibt an, dass bis dato noch keine Rückmeldung eingetroffen sei. Nun gehe es lediglich darum, der Empfehlung nachzukommen und die Beschlüsse zu fällen.

GV Martin Reichenberger und GV Christoph Feurstein erklären, dass es wichtig sei, dass die Dokumente, welche nun beschlossen werden sollen, nicht gleichsam in eine Schublade wandern und in Vergessenheit geraten. Diese Dokumente sollen vielmehr als Arbeitsgrundlage für die Ausschüsse herangezogen werden und, diese einbindend, um die Gemeinde Hittisau weiterzuentwickeln. Es gebe viele gute Grundlagenpunkte, welche im Einzelfall ergänzt und weitergeschrieben werden können und sollen.

Bgm. Gerhard Beer ergänzt, dass die Stärke des Projektes in der breiten Querschnittsmenge an beteiligten Personen sowie einer, über mehrere Jahre vorausgegangenen, Prozessarbeit liege. So könnten sich unterschiedliche Personengruppen in den Konzepten wiederfinden. Die Konzeptpapiere sollen nun in allen Gemeinden genehmigt werden, um den Zusammenhalt und das Miteinander in der Region, nach innen sowie nach außen hin, zu stärken. Daher gebe es auch keine Beschlussfassung durch die REGIO Bregenzerwald, sondern aus jeder einzelnen Gemeinde, um dem Projekt mehr Gewicht zu verleihen.

GV Erich Kohler bedankt sich für die Präsentation der Grundsätze. In den beiden Konzepten (regLEK, regGEK) sei eine hohe Flugebene definiert, was viele Freiheiten ermögliche. Alle künftigen Gemeindeentscheidungen sollten diese Leitfäden als Grundlage heranziehen.

Bgm. Gerhard Beer verliest den Beschlusstext für die beiden Konzepte regLEK und regGEK und stellt den Beschlussantrag für TOP 5 und 6 zusammengefasst. Beide Beschlussanträge werden einstimmig angenommen.

6. „ZUKUNFTEN Bregenzerwald“: regionales Gesamtentwicklungskonzept (regGEK): Beschlussfassung

7. Schiliftpreise Wintersaison 2022/2023

Bgm. Gerhard Beer berichtet, dass Georg Bals die Indexierung für die Schiliftpreise der Wintersaison 2022/2023 berechnet habe und sich diese zwischen 7 und 13% bewege. Es sei zu betonen, dass Schifahren in Hittisau, v.a. für Kinder, weiterhin relativ kostengünstig sei und bleiben soll. Es werde großen Wert auf einen familienfreundlichen Zugang gelegt. Nachfolgend würden die Schiliftpreise zur Diskussion stehen.

Vize-Bgm. Anton Gerbis (für die Ausschüsse Familie & Bildung) stellt den Antrag, dass Volksschulkinder (Jg. 2012-2016) am Hittisberg in der Wintersaison 2022/2023 gratis Schifahren sollen. Die jüngeren Kinder würden bereits gratis Schifahren.

GV Magdalena Bechter ist der Meinung, dass, obwohl gerade eine globale Teuerungswelle bestehe, der Schilift am Hittisberg für die Kinder ein wertvoller Bewegungsort sei. In diesem Jahr könne der Schilift wieder durch die Bewirtung des Schistübles aufgewertet werden. Sie habe Bedenken, dass, sollte in diesem Bereich zu sehr eingespart werden, die Kinder letztlich auf der Strecke bleiben würden. Mit der Aufhebung der Benützungspreise für die Kinder könne man etwas gegensteuern.

GV Markus Beer erklärt, dass man hier etwas vorsichtig vorgehen müsse. Ggf. müsste man sich dann auch etwas hinsichtlich der Schwimmbadpreise überlegen. Er sei der Meinung, dass der Babylift bereits gratis genutzt werden könne und dass der große Lift

dementsprechend etwas kosten dürfe.

Bgm. Gerhard Beer meint, es sei wichtig, Kinder weiterhin, ohne große Hürden, zum Schifahren zu bringen. Aufgrund der unterschiedlichen Gegebenheiten könne man den Vergleich zum Schwimmbad so nicht ziehen. Dem pflichtet auch GV Ida Bals bei, denn die Schiausrüstung allein sei schon teuer genug. Auch Schiwochen würden nicht mehr gesichert stattfinden können, weil sich Eltern dies nicht mehr leisten möchten. Wintersport für die breite Bevölkerung zu ermöglichen wäre wichtig, auch aufgrund des Bewegungs- und Gesundheitsaspekts. Im Bregenzerwald würde man derzeit überlegen, in der nächsten Wintersaison in allen Schigebieten 3Täler-Pässe für alle VolksschülerInnen gratis auszugeben, da dies im Montafon und im Brandnertal bereits in der heurigen Saison gemacht werde. Der Sport werde zusehends nicht mehr leistbar, gerade für Familien. Da sollte man etwas gegensteuern.

GV Christiane Eberle erklärt, dass ein Gratisangebot aus ihrer Sicht nicht möglich wäre. Unternehmungen würden eben etwas kosten. Das wäre nicht das richtige Zeichen. Der Hittisberg biete ein familienfreundliches und leistbares Angebot. Man könnte sich überlegen, die Preise für Kinder gleich zu belassen.

GV Dietmar Nußbaumer gibt an, dass der Hittisberg ein gutes Angebot (Schiclub, Schisafari, Langlaufausbildung etc.) biete und dass dies v.a. durch das überdurchschnittliche ehrenamtliche Engagement möglich sei. Zusätzlich sei der Lift überschaubar und auch für Kleinkinder gut bewältigbar. Auch sei es nicht ratsam bzw. für den beschaulichen Hittisberg nicht möglich, mit den Marketingstrategien (siehe: Gratisfahren) großer Schiresorts mithalten zu können. Auch würden SchülerInnengruppen bereits jetzt gratis Schifahren. Allerdings habe die örtliche Volksschule das Angebot in den letzten Jahren nicht genutzt.

Vize-Bgm. Anton Gerbis spricht sich für das Gratisangebot aus, da dadurch vielen Menschen die Hürde zum Ausüben des Sports erleichtert werde. Wenn man sich familienfreundliche Gemeinde nenne, so sollte man gerade hier etwas machen und politisch ein Zeichen setzen.

GV Werner Steuerer schließt sich den Argumenten von Vize-Bgm. Anton Gerbis und GV Magdalena Bechter an. Es sei wichtig, die Homepage und Social Media, hinsichtlich der Öffnungszeiten des Lifts, aktuell zu halten.

Bgm. Gerhard Beer erklärt, dass sich eine Gemeinde im ländlichen Raum nur dann zukunftsfähig entwickeln könne, wenn diese auch attraktiv für junge Familien sei. Eben solche Dienstleistungen würden Hittisau attraktiv machen, und zwar, ohne die Eltern finanziell stark zu belasten.

GV Martin Reichenberg findet den Vorschlag des Gratisangebots für Kinder gut, gerade auch, weil die Schiausrüstung so teuer sei. Für das Gemeinschaftsleben sei auch gut, dass das Liftstüble wieder in Schwung genommen werde. Auch GV Magdalena Bechter ist dieser Meinung. Gerade nach Corona seien gemeinschaftliche Betätigungsmöglichkeiten wichtig. Ersatz-GV Jürgen Hagspiel gefällt der Vorschlag mit dem Gratisangebot und erkundigt sich, was dieses aus finanzieller Sicht ungefähr für die Saison ausmache. Auch sei der Schilift generell nicht gewinnbringend.

Bgm. Gerhard Beer führt an, dass dies keine EUR 2.000 für die Wintersaison ausmache.

GV Dietmar Nußbaumer erklärt, er habe die Diskussion interessiert verfolgt und sich so eine umfassende Meinung bilden können. Er könne dem Vorschlag des Gratisangebots für Kinder etwas Positives abgewinnen und die Argumente gut nachvollziehen. Es gebühre allen Ehrenamtlichen, die sich in ihrer Freizeit am und für den Hittisberg einsetzen, ein großer Dank und erinnert, dass es auch schon andere Zeiten gegeben habe, wo überlegt worden sei, den Schilift zu schließen.

GV Dominik Bartenstein erläutert, dass im Vergleich der öffentliche Verkehr in Vorarlberg bewusst nicht komplett gratis angeboten werde, da man den Erhalt der hohen Qualität höher bewertet habe. Es sei daher zu bedenken, dass gratis nicht gleichzeitig immer auch eine hohe Qualität bedeuten müsse. Wenn es nicht funktioniere, müsse man auch offen dafür sein, wieder gegenzusteuern. Aber einen Versuch sei das Gratisangebot wert.

Vize-Bgm. Anton Gerbis stellt den Antrag für die Ausschüsse Familie & Bildung, dass die Kinder-Jg. 2012-2016 den Schilift Hittisberg, in der Saison 2022/2023, gratis benutzen dürfen. Der Antrag wird, mit 5 Gegenstimmen, angenommen.

	Erwachsene	Schüler	Kinder
		Jg. 2006 b.Jg. 2011	Jg. 2012 b.Jg. 2016
	€	€	€
Tageskarte	20,00	15,00	gratis
Nachmittagskarte ab 13:00 Uhr	16,00	11,50	gratis
Saisonskarte	110,00	76,00	gratis
Punktekarte (10-Fahrten)	15,00	12,50	gratis
Einzelfahrt	3,50	3,00	gratis
Familienkarte mit einem Kind	225,00		
Familienkarte mit zwei Kinder	245,00		
Familienkarte mit drei u. mehr Kinder	265,00		
Schülergruppen/Schüler		6,50	0,00

8. Energieförderungen 2023 – Empfehlung aus dem Energieteam

Bgm. Gerhard Beer bittet das e5-Team, diesen TOP zu erläutern. In der Energieregion Vorderwald sollen Aktionen koordiniert werden. Dabei soll es in allen 9 Vorderwälder Gemeinden Deckelungen der Energieförderungen (max. EUR 2 pro EinwohnerIn/Jahr) geben. Es gebe drei Vorschläge: 1) Das „KlimaTicket Österreich Jugend“ für Studierende (Hintergrund: wenn Studierende ihren Wohnsitz in Studienstädte verlegen, gehen auch die Ertragsanteile – nach Finanzkraft – an diese, was sich auf ca. EUR 1.000 pro Hauptwohnsitz belaufe). So fördere die Gemeinde 50% des Kaufpreises des KlimaTickets, vorausgesetzt die Studierenden belassen ihren Hauptwohnsitz in der Energieregion Vorderwald. Von ca. EUR 1.000 an Ertragsanteilen pro Studierenden/Jahr würden derzeit EUR 411 an den Kauf des KlimaTickets gehen. Die Dauer der Antragsfrist beläuft sich vom 01.01.2023 bis zum 31.12.2023. Nach Prüfung der nachzuweisenden Dokumente (u.a. Hauptwohnsitz in der Gemeinde, aktuelle Studienbestätigung, bereits gekauftes „KlimaTicket Österreich Jugend“), werde der Förderbetrag in bar ausbezahlt. So würden die Gemeinden die umweltfreundliche Mobilität ihrer Studierenden unterstützen, welche außerhalb von Vorarlberg eine mehrsemestrige Bildungseinrichtung besuchen. Ziel der Unterstützung sei, die Verbindung der Studierenden zu ihrer Heimatregion zu erleichtern und aufrechtzuerhalten.

2) Förderung der vorderwaldweiten Photovoltaik Bürgerbeteiligungsaktion: Dabei fördern die Gemeinden die Beteiligung von BürgerInnen an der vorderwaldweiten Aktion, indem Sonnenscheine (PV-Module) auf gemeindeeigenen Dächern angeboten werden. BürgerInnen können zur Finanzierung der Anlagen einzelne PV-Module um je EUR 500 erwerben. Eine Rückzahlung erfolgt im Laufe der darauffolgenden 10 Jahre. Im Rahmen der Energieförderung wird eine jährliche Verzinsung von EUR 10 je Sonnenschein gewährt.

3) Förderung von Fahrradanhängern/Lastenrädern: Die Förderung soll die Alltagsnutzung von Fahrrädern als Ersatz zum im Auto zurückgelegten Weg unterstützen, z.B. für Einkaufsfahrten oder Kinderhol- und bringdienste. Gefördert werden bis zu 50% der Anschaffungskosten eines Fahrradanhängers/Lastenfahrrades (Kinderanhänger/Lastenfahrrad mit max. EUR 150; Lastenanhängers mit max. EUR 80). Die Förderung kann pro Haushalt nur einmal in Anspruch genommen werden. Die Auszahlung erfolgt in Form von Einkaufsgutscheinen der jeweiligen Gemeinde nach Rechnungsvorlage im Gemeindeamt. Die Förderungsdauer ist vorläufig zeitlich nicht beschränkt.

GV Dominik Bartenstein führt an, dass der Hauptansprechpartner des Energieteams Vorderwald Georg Bals sei. Hinsichtlich der Ertragsanteile pro Einwohner sei für Studierende zu erwähnen, dass jeder Student/jede Studentin der Gemeinde etwas koste, wenn nicht mehr die Herkunftsgemeinde als Hauptwohnsitz gemeldet sei. Studierende würden den Hauptwohnsitz vorwiegend deshalb wechseln, da Studienstädte die

Studierenden mit einem großen Rabattangebot locken können (bspw. kann sich dadurch ein Semesterticket halbieren udgl.). Es würde sich daher, aus Sicht der Studierenden, hauptsächlich um eine finanzielle Überlegung handeln. Mit dem KlimaTicket würde man in die Richtung einer nachhaltigen Mobilität gehen. So könnten die Studierenden österreichweit gratis mit Öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs sein.

GV Magdalena Bechter fragt, ob durch die Förderung des KlimaTickets auch die Heimatverbundenheit von Studierenden unterstützt werden soll.

GV Dominik Bartenstein merkt dazu an, dass es in erster Linie um die Förderung des KlimaTickets gehe. Der Ticket-Kauf müsse auch nachgewiesen werden, wobei 50% der Anschaffungskosten an Selbstbehalt verbleiben. Hinsichtlich der Erkundigung von GV Magdalena Bechter, ob eine Ticket-Förderung auch für Lehrlinge angedacht werden könnte, erklärt GV Dominik Bartenstein, dass dies bereits durch die Unternehmen des Landes unterstützt und gefördert werde.

GV Erich Kohler erläutert, dass jeder Mitarbeiter/jede Mitarbeiterin der Unternehmen das Jahresticket lösen/beantragen könne, wenn die Garantie abgegeben werde, an 4 von 5 Arbeitstagen auf die Anreise mit dem Auto zu verzichten. Davon würden auch die gesamten Lehrlinge profitieren. In den Studienstädten sei es so, dass die Studierenden „umworben“ werden. Die Idee mit dem KlimaTicket für Studierende sei insofern eine gute, da dadurch ein quantitatives Argument geschaffen werde. Allerdings könne der Wettbewerb gegen Studienstädte nicht gewonnen werden. Vor allem gehe es um eine Bewusstseinsbildung für Studierende. Sog. Opportunitätskosten seien so gut investiert.

Bgm. Gerhard Beer berichtet, dass der Antrag zur Energieförderung 2023 in alle 9 Gemeinden (Bürgermeisterkonferenz) gelangen werde und bringt die Energieförderung zur Abstimmung. Dieser wird einstimmig angenommen.

9. Öffentliches Gut „Hirtobel“: Abschreibung/Zuschreibung Wegfläche

Bgm. Gerhard Beer erläutert das öffentliche Gut im Hirtobel lt. Plan (alter Wegverlauf). Die neu vermessene Straße soll in öffentliches Gut umverlegt werden, die alte Straße, welche durch Felder verläuft, soll aufgelöst werden. Dabei werden 687m² an öffentlichem Gut aufgelöst. Die Zuschreibung beläuft sich auf 1096m².

Im Zuge der Parifizierung des Wohn-Wirtschaftsgebäudes Nr. 38 sei die Zustimmung zu geben. Bgm. Gerhard Beer stellt den Beschlussantrag, diesen Änderungen zuzustimmen. Auf die Erkundigung von GV Markus Beer, hinsichtlich der Klärung mit der Familie Bechter bezüglich Haftungsfragen, erklärt Bgm. Gerhard Beer, dass die Familie Bechter mit diesem Interesse der Bereinigung der Wegesituation an die Gemeinde herantreten sei und dies von sich aus unterstütze.

GV Magdalena Bechter fragt, ob die weitere Benützung des Weges (auch hinsichtlich des Befahrens per Fahrrad) im Gemeindevorstand behandelt worden sei. Dieser Frage stimmt Bgm. Gerhard Beer zu und gibt zu Protokoll, dass auch Radfahren weiterhin möglich sei, auch werde die Fahrverbotstafel wieder aufgestellt.

Der von Bgm. Gerhard Beer gestellte und beschriebene Beschlussantrag (Abschreibung/Zuschreibung der Wegflächen, Aufhebung des Gemeingebrauchs und Neu-Widmung mit Zuschreibung) wird einstimmig angenommen.

10. Grundstückskauf (vertraulich)

Bgm. Gerhard Beer erklärt ausdrücklich, dass ihm für diesen TOP eine vertrauliche Behandlung durch die Gemeindevertretung wichtig sei. Über Jahrzehnte sei argumentiert worden, die große Mulde (neben der Baywa) als Deponie zu verwenden und zu verwerten. Es gebe nun eine stimmige Situation, um alle Bewilligungen zu erhalten, um dies als Deponie hinzubekommen (kurze Wege von Basen; einst ging es darum, ein Betriebsgebäude zu erstellen und aus der Fläche, als Kompensationsfläche, etwas zu machen, weil als FF gewidmet). Für das Grundstück GST 716/702 liege ein Verkaufsangebot der Geschwister Bechter (Dr. Helmut, Herma und Renate – „Hechtwirts“) und den Gebrüdern Nenning vor. Gespräche gebe es bereits seit 2017. Der Bgm. hat bereits mit den Verkäufern über den Grundstückspreis verhandelt, welcher bei EUR 50/m²

(vereinbart im Veräußerungsvertrag und von den GrundeigentümerInnen zugestimmt und notariell unterfertigt) liegt, zuzüglich aller Steuern/Kosten, für eine Nutzung im Sinne gemeinwohlorientierter Zwecke und der Deckung langfristiger kommunaler Bedürfnisse, zu erstellen. Bei einer Gesamtgrundstücksgröße von 3.088m² (1.349m² + 1.739m²) wären das bei EUR 50/m² EUR 154.000 zuzüglich der Nebenkosten. Jetzt wäre eine der letzten Chancen, das Grundstück gut zu verwerten. Laut der Raumplanungsstelle ergebe sich für die Umwidmung eine Grunderwerbssteuer von 4,2%, weil die Widmung vor 1984 stattgefunden habe; ggf. würde sich die Grunderwerbssteuer aber auf max. 18% erhöhen. Dies sei bereits im Gemeindevorstand besprochen worden und es bestehe eine Empfehlung an die Gemeindevertretung, das vorliegende Kaufangebot anzunehmen.

Ersatz-GV Werner Steurer führt an, dass es sich um ca. 3.000m² handle, woraufhin Bgm. Gerhard Beer erklärt, dass neben der Zustimmung der Gemeinde jene der Grundverkehrslandeskommission notwendig sei.

Auf die Erkundigung von GV Dominik Bartenstein hinsichtlich der Zielwidmung der Raumplanung hin, erklärt Bgm. Gerhard Beer, dass es, weil das Grundstück auf FF laute, auch eine Umwidmung und somit eine Zustimmung zur Bebauung (öffentliches Gebäude) von der zuständigen Raumplanung geben müsse. Es wäre eine BM-Fläche vorgesehen; vorstellbar sei aber auch eine Sonderwidmung.

GV Erich Kohler erkundigt sich hinsichtlich der vertraulichen Behandlung dieses Projekts. Hierzu gibt Bgm. Gerhard Beer zu Protokoll, dass, sobald es eine Zustimmung zum Projekt gebe, die Öffentlichkeit informiert werden müsse.

GV Georg Vögel erkundigt sich hinsichtlich der Möglichkeit der Zufahrt zur Straße hin. Hierzu erklärt Bgm. Gerhard Beer, dass lt. Straßenbauamt der Kegel von Aufschüttungen nicht mehr benötigt werde. Mit dem Landesstraßenbauamt werde gesprochen, um dies abzulösen bzw. zu kaufen.

Vize-Bgm. Anton Gerbis sowie GV Magdalena Bechter und GV Dietmar Nußbaumer sind der Meinung, dass es sich hierbei um eine gute Möglichkeit handle, um Gemeindeboden zu gewinnen. Vielmehr wäre es fahrlässig, dieses Grundstück nicht zu erwerben.

Bgm. Gerhard Beer stellt den Antrag, das Grundstück, zu den erläuterten Bedingungen, für die Gemeinde zu erwerben. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

11. Berichte

Berichte aus dem Gemeindevorstand:

Bgm. Gerhard Beer berichtet vom Besuch des Gemeindevorstandes bei der **Feuerwehr Hittisau**. In diesem Zuge sei das inzwischen 30-jährige Löschfahrzeug vorgeführt worden. Seitens der Feuerwehr sei signalisiert worden, dass ein neues Fahrzeug angedacht werden müsse. Zusätzlich sei eine Besichtigung des Feuerwehrgerätehauses erfolgt. Die Entwicklung der Feuerwehr sei gut, es gebe viel Nachwuchs. Allerdings sei bei einer längerfristigen Planung die Platzproblematik mitzuberücksichtigen.

Bgm. Gerhard Beer informiert hinsichtlich der **Zentrumsentwicklung** über die Außenraumgestaltung sowie die Verkehrsplanung. Die Vergabe der Planungsleistungen sei an Peter Muxel Architektur ZT erfolgt. Die Kosten hierfür beliefen sich zwischen EUR 24.000 und EUR 25.000 (Landschaftsplanung: EUR 18.400; Verkehrsplanung: EUR 6.400).

Bgm. Gerhard Beer berichtet über die **Rampensanierung Bibersteinbrücke** und erläutert, dass das Hochwasser die Brücke unterspült habe und dass die Steine, welche bei der letzten Sanierung (Sole) eingebaut worden seien, wieder weggespült worden seien. Daher müsse die Brücke dauerhaft stabilisiert werden. Die Vergabe der Ingenieursleistungen sei an das Ingenieurbüro Schneider (Planungskosten EUR 24.670) erfolgt. Das Projekt belaufe sich auf ca. EUR 400.000. Wenn das Projekt ordentlich geplant sei, entspreche es einem Gewässerschutzprojekt, was eine Förderung ergebe, welche sich auf 90% belaufe (Bund: 60%, Land: 30%, Gemeinde: 10%). Für die 10%, welche noch für die Gemeinde anfallen würden, gebe es eine Drittellösung, aufgeteilt in die Fischerei, die Güterwegsgenossenschaft sowie die Gemeinde. Es soll ein Projekt eingereicht werden, das nächstes Jahr umgesetzt

werden kann.

Bgm. Gerhard Beer berichtet über die **ARA-Fremdfinanzierung**. Dieser Punkt wird als TOP 13 gesondert behandelt.

Bgm. Gerhard Beer berichtet, dass der TOP über die **Grundteilung Hinterberg (Gebhard Aberer)** vertagt werde.

Bgm. Gerhard Beer berichtet, dass der **Grundkauf Häleisen**, wie im TOP besprochen bzw. genehmigt, abgewickelt werde.

Bgm. Gerhard Beer berichtet, dass die **Dienerinnen vom Heiligen Blut** laut §22 RPG eine Ausnahmegenehmigung erhalten würden, welche genehmigt worden sei für eine max. Größe von 25 m². Es werde von den Dienerinnen v. H. B. und Eckart Lässer der Bau einer Einsiedelei gewünscht. Diesen Plan gebe es schon seit Längerem. Nunmehr sei ein Architekt beigezogen worden, welcher ein Gebäude plane, welches auch in die Landschaft (Grundstück: Dorf 138) integrierbar sei. Auf dem Weg hin zur Einsiedelei soll es auch Stationen zum Beten geben.

Bgm. Gerhard Beer berichtet von der **Grundteilung Schwärzler/Biomasseheizwerk**. Das Biomasseheizwerk Hittisau könne einen Grund aus der Verlassenschaft Schwärzler erwerben. Der Fußweg, welcher sich hinter dem Heizwerk befinde, sei öffentliches Gut. Bei einem eventuellen Zubau des Heizwerks müsste der Weg etwas verlegt werden. Es sei beabsichtigt, das öffentliche Gut zu erhalten.

Bericht aus dem Sportausschuss:

GV Markus Beer berichtet über die bis dato erfolgten Schritte hinsichtlich der Eruiierung der Kunstrasenplatz-Erneuerung bzw. das Gesamtkonzept „Fußballplatz neu“. Es hätten zwischenzeitlich mit dem FC Besprechungen hinsichtlich der Abbrucharbeiten/Entsorgung sowie der Schneeräumung des Platzes stattgefunden. Bezüglich des Schneeräumgerätes seien ebenfalls technische Erkundigungen eingeholt worden, v.a. habe sich herausgestellt, dass das derzeit genutzte Räumgerät (ca. 1t/Rad) nicht zu schwer sei und den Kunstrasen daher nicht negativ beeinträchtige. Ebenso würde die Schneeräumung des Fußballplatzes weiterhin ehrenamtlich erfolgen (Kostenschätzung der Räumarbeiten: EUR 5.000-7.000/Jahr). Auch hinsichtlich möglicher Beeinträchtigungen der Umwelt und möglicherweise des Schwimmbades (Abflüsse, Pumpen udgl.) seien Erkundigungen in Bezau (mit ähnlicher örtlicher Fußballplatz-Schwimmbad-Situation) erhoben worden. Hierzu sei zu erwähnen, dass Granulat inzwischen aus umwelttechnischen Gründen verboten sei und auch nicht zum Einsatz komme. Auch würde es in Bezau keine sonstigen negativen Beeinträchtigungen geben, welche vom Fußballplatz auf das in dortiger Nähe befindliche Schwimmbad einwirken würden. Hinsichtlich der Planung mit dem Flutlicht gebe es Kontakt mit Johannes Ritter (Verwaltungsorganisation, Gemeinde Hittisau) und der Finanzverwaltung Vorderwald (Andreas Faißt).

GV Erich Kohler erkundigt sich nach einer Gesamtübersicht über alle anfallenden Kosten hinsichtlich der Erneuerung des Gesamtkonzepts Fußballplatz, woraufhin GV Markus Beer erklärt, dass er dies gerade, in Zusammenarbeit mit Johannes Ritter, zusammenstelle und die Gemeindevertretung zeitnah darüber informieren werde.

Bgm. Gerhard Beer gibt an, dass bis zur Budgeterstellung und letztlich der Budgetsitzung der Gemeindevertretung all diese Grundlagendaten zusammengetragen werden müssen.

Bericht aus dem E5-Team:

GV Dominik Bartenstein berichtet vom e5-Zertifizierungsevent, welches am 20.10.2022 im Kulturhaus Dornbirn stattgefunden habe. Dabei sei Hittisau wiederum mit der Bestnote 5 „e“ von LR Daniel Zadra als energieeffiziente Gemeinde ausgezeichnet worden und habe vorarlbergweit die beste Bewertung erreicht. Ein großer Dank gelte dem e5-Team, welches sehr engagiert und aktiv arbeite (low-tech im Schulhaus, Popup Dorfplatz, Schullokalakzept

uvm.). Es gehe auch ein Dankeschön an die Gemeindevertretung, welche die Beschlüsse zur Überarbeitung der Energiestrategie für die Gemeinde und die Region mittrage.

Bgm. Gerhard Beer erwähnt den hohen Stellenwert der Bewertung, denn es sei nicht ganz so leicht, eine derart gute Bewertung zu erhalten. Dabei zähle Qualität und diese sei wichtig und gleichzeitig etwas wert.

12. Allfälliges

GV Erich Kohler kündigt an, dass der Ausschuss Zentrumsentwicklung, am 18.11.2022 eine ganztägige Exkursion nach Trogen/Degersheim/Wattwil/Altstätten/Hohenems plane und durchführe. Bis dato hätten sich inkl. Fachleute 12 TeilnehmerInnen angemeldet. Das Ziel der Exkursion sei es, verschiedene Materialien, Bepflanzungen, Möglichkeiten der Verkehrsführung zu besichtigen und Eindrücke zu sammeln. Es seien alle GemeindevertreterInnen recht herzlich eingeladen teilzunehmen.

GV Magdalena Bechter erwähnt, dass die Ausschüsse Familie und Bildung am 03.12.2022 gemeinsam mit der Feuerwehr Hittisau und den Familien eine Feuerwehraction organisieren würden. Es erfolge die Aufklärung über den Einsatz und den Nutzen von Löschdecken, Rauchmeldern und Feuerlöschern, was besonders in der kommenden Adventszeit relevant sei, wenn wieder Christbäume, Adventskränze und Kerzen entzündet werden würden. Es sei eine Entzündungsaktion geplant und die Erprobung des Einsatzes von Löschmitteln (z.B. Feuerlöscher).

Bgm. Gerhard Beer erwähnt, dass die Illuminierung des Christbaumes in diesem Jahr zu eingeschränkten Zeiten erfolge (18-22 Uhr sowie jeweils morgens zur Schulwegzeit). Ebenso weist der Bgm. auf die neue Ausstellung („Zwischen den Welten/Between the Worlds“, ein Foto- und Tonprojekt von Nurith Wagner-Strauss) im Frauenmuseum hin. Dabei werde in der Form von Interviews der Blick auf Frauen, welche zwischen 1915 und 1935 geboren worden seien, geworfen. Die Ausstellung sei sehr interessant und könne wärmstens empfohlen werden.

GV Christiane Eberle erkundigt sich, wie es zwischenzeitlich hinsichtlich der Überlegungen mit dem Pflegeheim Hittisau weitergegangen sei bzw. weitergehe. Dazu erklärt Bgm. Gerhard Beer, dass gefordert sei, hier etwas zu tun. Allerdings sei nach wie vor die Standortfrage für einen möglichen Neubau offen. In einer vorausgegangen Gemeindevortragungssitzung sei bereits angeregt worden, sich bezüglich möglichen Grundstücken Gedanken zu machen. Inzwischen bestehe auch Kontakt zu Grundstückseignern. Es sei aber anzumerken, dass seitens der Gemeindevertretung nicht allzu lange mit einer Entscheidung in diese Richtung zugewartet werden sollte. Jedenfalls sollte möglichst die Rechtsträgerschaft des Pflegeheimes nicht an die Gemeinde zurückgehen. Zusammen mit den Sozialzentren Vorderwald gemeinnützige Betriebs GmbH gehe es also in Richtung Neubau.

13. ARA – Fremdfinanzierung

Bgm. Gerhard Beer erläutert, dass die Sanierung und Erweiterung sowie die Anpassung der ARA an den erforderlichen technischen Stand der Dinge erfolgt sei bzw. erfolge. Die Kosten der ARA-Sanierung beliefen sich auf EUR 2.850.000. Die liquiden Mittel der Gemeinde lägen bei EUR 3.000.000. Die Empfehlung von ExpertInnen und jene der Finanzverwaltung würden klar in Richtung Fremdfinanzierung gehen. Es seien auch Gespräche mit der Raiffeisenbank Vorderwald geführt worden, welche allerdings nicht gefruchtet hätten, da kein so guter Zinssatz geboten werden könne. Gotthard Bilgeri, Vorstand der Raiffeisenbank Vorderwald, sei explizit gebeten worden, diese Haltung an die Raiba-Kommunikation weiterzugeben. Gotthard Bilgeri gebe die Empfehlung, dass die Gemeinde beim Bestbieter Geld aufnehmen solle, weil es gravierende Zinsunterschiede gebe. Die Sparkasse habe ein zu kleines Volumen. Hinsichtlich der Fremdfinanzierung habe man wiederum die Loanbox GmbH gewählt, mit der man hinsichtlich des Schulbaus bereits gute Erfahrung gemacht habe.

Zusammen mit der Finanzverwaltung Vorderwald seien verschiedene Angebote von Banken geprüft worden, mit unterschiedlichen Indikatoren (variable und fixe Zinsen) sowie Laufzeiten. Dabei habe sich die Unicredit Bank Austria als die kostengünstigste Variante (mit einem 3-Monats-EURIBOR, Indikator-Stand per 04.11.2022: 1,734%, Aufschlag: 0,31%, 20 Jahre Laufzeit) herausgestellt. Es gebe die (nicht einstimmige) Empfehlung aus dem Gemeindevorstand, die Finanzierung, wie beschrieben, zu machen.

GV Magdalena Bechter erklärt, sie könne die Gemeindevorstandsempfehlung nicht mittragen, da es nicht gut sei, wenn sich die Gemeinde auf über 20 Jahre hinaus verpflichte. Es seien auch bereits einige Projekte am laufen, was auf eine hohe Verschuldungsrate hinauslaufe.

Bgm. Gerhard Beer gibt an, dass liquide Mittel vorhanden wären, aber die Empfehlung bestehe, dass eine Investition dieser dort getätigt werde, wo ein Verumlagen der Zinsbelastung auf den Verbraucher nicht möglich sei. Es wird in näherer Zukunft (Zentrumsentwicklung, RvB-Saal) einige Projekte geben, wo diese liquiden Mittel benötigt werden.

GV Erich Kohler richtet die Frage an GV Magdalena Bechter, warum aus ihrer Sicht das Projekt ARA besser aus den liquiden Mitteln zu finanzieren wäre und nicht fremdfinanziert werden sollte. GV Magdalena Bechter begründet dies dadurch, dass das Leben insgesamt teurer werde und so die Gebühren quasi durch die Hintertür auf die GemeindebürgerInnen umgewälzt werden würden. So könne sie persönlich nicht zu 100% hinter dem Projekt stehen.

GV Dietmar Nußbaumer ist der Meinung, dass man nicht wissen könne, wie sich die Wirtschaft weiterentwickle. Er spreche aus eigener Erfahrung, dass sich UnternehmerInnen ebenso fremdfinanzieren müssten. Die Gemeinde stehe hier, im Vergleich zur Privatwirtschaft, mit einem Zinsaufschlag von 0,31% noch gut da. Die Variante mit einer Verumlagerung auf die Gebühren wäre vorteilhaft, ansonsten würde sich die Gemeinde die liquiden Mittel abschneiden. Dies wäre auch nicht im Sinne des Rechnungshofes (Stichwort: sparsame Ressourcenverwertung). Aus wirtschaftlicher Sicht sei der Vorschlag daher insgesamt eine gute Möglichkeit.

Ersatz-GV Jürgen Hagspiel erklärt, dass es wichtig sei, auch den Gesichtspunkt der Kostenwahrheit anzuschauen. Kalkulatorisch gesehen müsse daher etwas verzinst werden (siehe: Leverage Effekt).

GV Markus Beer stellt die Überlegung hinsichtlich der Möglichkeiten an, einen Teil der Gesamtkosten aus den liquiden Mitteln zu finanzieren.

Bgm. Gerhard Beer erläutert den Vorteil einer variablen Verzinsung (bei fixer Verzinsung wären ggf. Strafzinsen zu zahlen), welche man jederzeit zurückzahlen könne. Der Hintergrund hierfür sei, dass der genaue Eingang der Fördergelder nicht genau geplant werden könne, da Bundesmittel nicht nach und nach, ausbezahlt werden würden.

GV Martin Reichenberger erkundigt sich, ob die EUR 2.850.000 vorläufig der letzte Stand seien. Bgm. Gerhard Beer erklärt, dass mit einer ca. 40-prozentigen Sicherheit davon ausgegangen werden könne, da die Förderung bereits zugesagt worden sei. Die genannte Summe sei vor der noch abzuziehenden Förderung zu verstehen. Danach könne man eine Sondertilgung machen.

Bgm. Gerhard Beer bringt die mehrstimmige Empfehlung aus dem Gemeindevorstand zur Abstimmung – hinsichtlich der ARA-Fremdfinanzierung eine variable Verzinsung (3-Monats-EURIBOR, Indikator-Stand per 04.11.2022: 1,734%, Aufschlag: 0,31%, 20 Jahre Laufzeit) vorzusehen. Der Antrag wird, mit einer Gegenstimme, angenommen.

Der Vorsitzende bedankt sich bei allen für ihr Kommen sowie die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 23:12 Uhr.

Der Schriftführer:
Johannes Ritter

Der Bürgermeister:
Gerhard Beer